

Pazifik

INFORMATIONENSTELLE

Pazifik-Informationsstelle, Hauptstr. 2, 91564 Neuendettelsau.

Telefon: +49 (0) 9874/91220. Info@Pazifik-Infostelle.org. www.pazifik-infostelle.org.

Dossier Nr. 107

Kleine Inselstaaten und die Klimabewegung



Der Fall Kiribati

Autorin: **Dr. Silja Klepp**

Erscheinungsdatum: November 2014

Dossier ISSN 2198-6967

Die Pazifik-Informationsstelle wird getragen vom Pazifik-Netzwerk e.V.; Mission EineWelt - Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evang.-Luth. Kirche in Bayern; dem Evangelischen Missionswerk in Deutschland; dem Evang.-Luth. Missionswerk Leipzig; dem Zentrum für Mission und Ökumene - Nordkirche weltweit und MISSIO München.

Pazifik NETZWERK

Anmerkung der Redaktion:

Das hier vorliegende Dossier enthält den Beitrag „Kleine Inselstaaten und die Klimabewegung – der Fall Kiribati“. Dieser ist erschienen in: Dietz, Matthias, Garrelts, Heiko (Hg.): Handbuch der Klimabewegungen. Wiesbaden 2013 und dort auf den Seiten 409 bis 424 nachzulesen. Im Beitrag werden die Forschungsergebnisse der Feldforschung im Südpazifik dargestellt.

Zur Autorin: Dr. Silja Klepp ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsfeld Globaler Wandel und Governance am artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit der Universität Bremen. Sie studierte Ethnologien der Humboldt Universität zu Berlin ist seit 2012 auf fünf Jahre als Mitglied in der Jungen Akademie bei der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Leopoldina - Deutsche Akademie der Naturforscher berufen. Sie verbrachte mehrere Aufenthalte für Feldforschungen im Südpazifik.

Das **Urheberrecht** des Textes liegt beim Autor. Der Beitrag spiegelt nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion: Steffi Kornder, Pazifik-Informationsstelle, Neuendettelsau, 2014.

Pazifik
INFORMATIONENSTELLE

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
2. Die pazifische Inselwelt und der Klimawandeldiskurs	6
3. Der Fall Kiribati – eine Insel geht unter	8
3.1 Verhandlungen um Klimamigration	8
3.2 Kiribatis Kampf für Klimagerechtigkeit – eine Vielfalt der Strategien und Bündnisse	9
3.3. Klimagerechtigkeit vor Ort	13
4. Ausblick	15
Literatur	17

1. Einleitung

Immer wieder wird betont, dass in den globalen Verhandlungen zur Eindämmung des Klimawandels Aspekte der Klimagerechtigkeit (climate justice) eine größere Rolle spielen müssten, um den Stillstand in den Einigungsgesprächen zu überwinden (Parks/ Roberts 2010). Dies gilt sowohl in Bezug auf die internationalen Klimaverhandlungen im Rahmen der UNFCCC als auch hinsichtlich der Debatten um Umwelt- bzw. Klimamigranten, zu deren Schutz es bisher weder ein formelles politisches Mandat noch rechtliche Instrumente gibt.

Auch im Inselstaat Kiribati, gelegen im zentralen Pazifik, sind Aushandlungsprozesse um den anthropogenen Klimawandel und dessen Folgen vom Thema der Klimagerechtigkeit geprägt. Die Inselgruppe Kiribati, die aus 32 Atoll-Inseln besteht, ist mit ca. 100 000 Einwohnern und einer Bevölkerungsdichte von 136 Bewohnern pro km² dichtbesiedelt. Die Inseln erstrecken sich entlang des Äquators auf einer Länge von über 2 500 km, verfügen jedoch über eine sehr geringe Fläche.

Da sie sehr flach im Wasser liegen und nahezu alle Einwohner Kiribatis direkt an der Küste leben, sind der Inselstaat und seine Bewohner bereits heute von den Auswirkungen des Klimawandels wie stärkeren Tropenstürmen und einem Anstieg des Meeresspiegels (Mimura et al. 2007: 687) besonders betroffen. Bis 2100 wird mit einem Meeresspiegelanstieg von bis zu 124 cm gerechnet (Rahmstorf 2010), einige Forscher sprechen sogar von über 200 cm (Grinsted et al. 2009). Auch ist den Prognosen der Klimawissenschaftler zu entnehmen, dass Salzwasserintrusion, aber auch zurückgehende Niederschläge und längere Trockenphasen die knappen Süßwasservorräte auf den Inseln zunehmend gefährden könnten (WBGU 2006).

Die Fragen der Klimagerechtigkeit und der „multidimensionalen Ungleichheiten“, die Kristina Dietz im Zusammenhang mit den Folgen des Klimawandels und den globalen Nord-Süd-Beziehungen anspricht (Dietz 2009: 186), sind für Inseln wie Kiribati von besonderer Relevanz: Aufgrund geringer Pro-Kopf-Emissionen tragen sie eine begrenzte Verantwortung für den anthropogenen Klimawandel, sind aber von dessen Folgen stark betroffen. Aufgrund starker sozioökonomischer Probleme und geringer Möglichkeiten, Anpassungsleistungen zu finanzieren, sind zusätzliche strukturelle Ungleichheiten in Kiribati auf verschiedenen Ebenen wirksam. Hierzu gehören beispielsweise die Lasten der kolonialen Vergangenheit der Inseln.

Kiribati gehörte zu der britischen Kolonie Gilbert- und Elliceinseln, die 1979 als Kiribati und Tuvalu zu unabhängigen Staaten wurden. Auch der begrenzte Zugang zu Ressourcen und sozialen Dienstleistungen sowie teilweise geringe Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten bei internationalen und auch regionalen politischen Verhandlungen sind Teil der strukturellen Nachteile Kiribatis (vgl. Dietz 2009: 186). Die Anpassungsleistungen, die die Bewohner Kiribatis seit langem beispielsweise in der Landwirtschaft erbringen, könnten in Zukunft wo-

möglich nicht ausreichen, um ihre Existenz auf der Insel zu sichern. Mittel- oder langfristig ist aufgrund des Klimawandels davon auszugehen, dass das Territorium unbewohnbar wird (Barnett/Adger 2003: 326; Risse 2009). Neben rechtlichen und politischen Fragen und Konflikten um die Migration- und Umsiedlung der Bewohner Kiribatis entstehen hierdurch auch Fragen der Souveränität und der Zukunft der Ausschließlichen Wirtschaftszone (Exclusive Economic Zone, EEZ) Kiribatis (Esteban/ Yamamoto 2010). Aufgrund dieser Betroffenheit und Prognosen ist Kiribati in verschiedenen offiziellen wie auch weniger formellen globalen und regionalen Aushandlungsarenen um Klimagerechtigkeit, Emissionseindämmung und die Anpassung an den Klimawandel aktiv.

Insgesamt bedeuten die sozialen Folgen des Klimawandels, aber auch die Unsicherheiten, die mit den Prognosen der Klimawissenschaften einhergehen, eine große Herausforderung für die Politik Kiribatis und anderer Inselstaaten. Die politischen Maßnahmen, mit denen auf diese Prognosen reagiert wird, reichen zum Teil weit in die Zukunft und müssen auch die Interessen kommender Generationen berücksichtigen.

Die Inselstaaten des Pazifiks sind sich dabei einig, dass der Klimawandel eine ernste Bedrohung für sie darstellt und vor allem die Industriestaaten ihre Emissionen drastischen reduzieren müssen (McNamara 2009: 482). Um dieses Ziel zu erreichen und politischen Druck auf die Verursacherländer auszuüben, haben sich im Pazifik und darüber hinaus vielfältige Allianzen und Organisationen gebildet. Die richtige Politik im Umgang mit zukünftigen Szenarios ist jedoch umstritten (McNamara 2009: 482). Während die Regierungen einiger Inselstaaten internationale Migration als Option für ihre Bevölkerung für nicht akzeptierbar halten, verhandelt die Regierung von Kiribati bereits aktiv über Programme, für die sie den Begriff der Klimamigration verwendet (Klepp 2012; Bedford/Bedford 2010).

Kiribati ist damit eines der ersten Länder weltweit, in dem Themen wie Klimagerechtigkeit und die Suche nach Strategien für Klimamigration kulminieren und greifbar werden: Fragen hinsichtlich des Klimawandels sind von existentieller Bedeutung für Bürger aller Schichten, auch wenn Sorgen um Armut und Unterversorgung den Alltag vieler I-Kiribati (Einwohner Kiribatis) bestimmen. Die Regierung von Kiribati ist durch die starke Betroffenheit ihres Landes sowohl zu einem wichtigen Akteur der globalen Klimapolitik als auch der internationalen Klimabewegung geworden.

Die von außen oftmals zugeschriebene und von der eigenen Regierung zum Teil ebenfalls proklamierte Sonderrolle Kiribatis, dass durch die besondere Situation der Insel die Zukunft anderer, vom Klimawandel betroffener Länder deutlich werde, hat für Kiribati ambivalente Folgen. Wie der Beitrag zeigt, erschließen sich dem Inselstaat hierdurch einerseits neue Ressourcen und Verbündete im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. Andererseits werden Probleme der Insel, die in anderen Bereichen liegen, vernachlässigt. Auch könnten die Debatten um Klimamigration weitreichende Folgen wie zum Beispiel mangelnde An-

passungsanstrengungen haben, was sich wiederum negativ auf den Erhalt des Inselstaates auswirken könnte. Der vorliegende Text kann einen Beitrag zu den aktuellen Debatten um Klimawandel und Klimagerechtigkeit leisten, da er auf Grundlage eines Forschungsaufenthalts der Autorin auf Kiribati entstand und in der Folge Primär-material wie Aussagen und Einschätzungen der Bewohner enthält.

Nach einer kurzen Einführung in die Diskurse um den Klimawandel im Pazifikraum werden Kämpfe um Klimagerechtigkeit dargestellt und die Allianzen und Strategien, die Kiribati und andere Inselstaaten verfolgen, exemplarisch beschrieben. Auch die lokale Ebene wird dabei einbezogen, da hier ein mit der Idee der Klimagerechtigkeit verbundener Norm- und Wertewandel stattzufinden scheint. Die Insel Süd-Tarawa, auf der im April und Mai 2011 die Feldforschung der Autorin stattfand, ist die Hauptinsel der Republik Kiribati. In Kiribati haben sich die Debatten um den Klimawandel aufgrund der verheerenden Prognosen für die Inseln stark verbreitet. In diesen Debatten fallen immer wieder Anmerkungen wie die folgende: „Australien sollte uns ein Abwassersystem zahlen, sie sind Schuld am Klimawandel und sollen nun Ausgleichszahlungen leisten“.

Hier mischen sich Diskurse um die Auswirkungen des Klimawandels, postkoloniales Erbe und Globalisierung. Solche Aussagen zeigen auch, dass die Diskussionen um die sozialen Folgen des Klimawandels nicht getrennt von Kontroversen um Nord-Süd-Gerechtigkeit geführt werden können. Die Berücksichtigung dieser Verknüpfung könnte auch in Hinblick auf eine erfolgreiche Fortführung der UNFCCC-Verhandlungen von Bedeutung sein.

2. Die pazifische Inselwelt und der Klimawandeldiskurs

Die verheerenden Prognosen über die Auswirkungen des Klimawandels bestimmen den medialen und akademischen Diskurs zum Klimawandel in der pazifischen Inselwelt. Gegenstand dieser meist sehr technisch geführten Debatten sind geographic objects (Barnett/Campbell 2010: 2) wie Küstenlinien sowie Statistiken über Niederschlagsmengen und den Anstieg des Meeresspiegels. Die Einwohner der Inseln, deren spezifische Interpretation des Klimawandels und die Strategien, die diese bereits in Reaktion auf Umweltveränderungen entwickelt haben, werden hingegen kaum thematisiert (Barnett/ Campbell 2010: 2).

Die pazifischen Inselstaaten werden als marginalisiert, vulnerabel und entwicklungsbedürftig sowie als klein, arm und nicht entwickelbar konzeptualisiert (Kempf 2009). Diese Konstruktionen sind Ausdruck spezifischer Wissens- und Machtkonstellationen, die im Kontext des Klimawandels neu konfiguriert werden. Fremdzuschreibungen, die zu Kolonialzeiten als Herrschaftsinstrumente genutzt wurden, gewinnen erneut an Bedeutung. Nach Carol Farbotko (2010: 58) verändern sie die politische agency der Inselstaaten und prägen eine neue „ökokoloniale“ Perspektive, mit der auf die Inseln geblickt wird. Vor allem die Atollinseln Kiribati und Tuvalu werden als „untergehende Staaten“, als

„Titanic States“ (Barnett/Campbell 2010: 168) charakterisiert. Überschriften wie „Sinking islands cling to Kyoto lifebuoy“, „Rising sea level forcing evacuation of island country“ oder „will Tuvalu disappear beneath the sea“ (zit. n. McNamara/Gibson 2009: 479) dominieren die mediale Diskussion. Die Inseln des Pazifiks sind dabei zu Warnsymbolen vor den Auswirkungen des Klimawandels und zu einem Experimentierfeld westlicher Forscher, Journalisten und Organisationen der Internationalen Zusammenarbeit (IZ) geworden.

Aus Sicht von Barnett und Campbell (2010: 177) wird gleichzeitig ein viktimisierendes Zerrbild des Pazifikraums und ein skandalisierendes Bild der Effekte des Klimawandels gezeichnet. Allerdings haben auch einige Regierungen der Inselstaaten, insbesondere Kiribatis Präsident Anote Tong, eine aktive Rolle in den Debatten um den Klimawandel eingenommen und tragen teilweise selbst zum Bild der untergehenden Inseln bei. Auch in den alltäglichen Gesprächen auf den Inseln ist das Thema Klimawandel häufig von Bedeutung, obwohl die Menschen oftmals andere drängende Sorgen haben, die einer kurzfristigeren Lösung bedürfen.

McNamara und Gibson unterstreichen, dass die meisten Inselstaaten des Pazifiks es ablehnen, auf der internationalen Ebene die Rolle des Opfers oder Bittstellers einzunehmen. Stattdessen fordern sie von den anderen Staaten verstärkte Reduktionsleistungen beim Ausstoß von Treibhausgasen (McNamara/Gibson 2009). Carol Farbotko hebt die machtvolle moralische Position von Ländern wie Tuvalu hervor, die in den Verhandlungen von Kopenhagen 2009 durchaus eine wichtige Rolle gespielt hätten. Auch haben sich verschiedene Allianzen gegründet, um die Bemühungen der kleinen Inselstaaten etwa in den UNFCCC-Verhandlungen zu bündeln. Zu diesen gehören die zwischenstaatlichen Organisationen Alliance of Small Island States (AOSIS) sowie die Small Island Developing States (SIDS).

Als erstes Land weltweit verfolgt die Regierung Kiribatis zudem die Strategie, mittel- bis langfristig Migrationsmöglichkeiten für alle ihre Bürger zu finden. Im Zentrum der Forderungen der Regierung des Inselstaates stehen deshalb neben der Reduktion von Treibhausgasemissionen und des Transfers von umfangreichen Ressourcen für Anpassungsleistungen auch ein freier Zugang zu Arbeits- und Bildungsmärkten außerhalb Kiribatis. Außerdem wird nach Möglichkeiten gesucht, ganze Dorfgemeinschaften – auch über nationale Grenzen hinweg – umzusiedeln (Klepp 2012; Bedford/Bedford 2010). An den Aushandlungsprozessen um neue Rechte und Ressourcen für Umweltmigranten im Pazifikraum und die Anpassung an den Klimawandel sind unterschiedliche rechtliche und politische Ebenen, staatliche und nicht-staatliche Akteure beteiligt, die nun genauer dargestellt werden.

3. Der Fall Kiribati – Eine Insel geht unter ?

Kiribati ist wie andere Inselstaaten im Südpazifik von Zahlungen internationaler Geber und von Auslandsüberweisungen internationaler Migranten abhängig. Kiribatis Ökonomie wird deshalb, wie die seiner Nachbarstaaten, häufig als MIRAB-Ökonomie beschrieben: Die Abkürzung steht für Migration, Remittances, Aid, und Bureaucracy und verweist auf die hohe Abhängigkeit von internationalen Gebern, migrierten Bürgern und auf einen aufgeblähten öffentlichen Sektor (Marsters et al. 2006). Auch die Subsistenzwirtschaft, vor allem die Fischerei, ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Schätzungen der Weltbank zu Folge sollen sich die Kosten einer Anpassung an den Klimawandel bis zum Jahr 2050 alleine für das Tarawa Atoll Kiribatis auf 8 – 16 Millionen Dollar belaufen. Dies würde 17 – 34 Prozent des Bruttoinlandsproduktes entsprechen (Barnett/Campbell 2010: 21).

3.1 Verhandlungen um Klimamigration

Seit einigen Jahren appelliert vor allem der seit 2003 regierende Präsident der Insel Aote Tong in unterschiedlichen globalen und regionalen Foren an die Weltgemeinschaft, ihre Treibhausgase zu vermindern und Verantwortung für die Insel sowie die „Klimaflüchtlinge Kiribatis“ zu übernehmen, da diese „Opfer des Klimawandels“ seien (BBC 2009).

Am Weltumwelttag der Vereinten Nationen im Juni 2008 sagte Tong in Wellington, Neuseeland: „None of the atolls that make up our country are more than two metres above sea level. We will be submerged by the end of the century, as things stand right now. [...] But what happens before is equally devastating. Entire villages are being relocated as the sea encroaches upon the land. People are being asked to move from places that have been home for them. It's a human tragedy“ (Times of India 2008). Tong strebt eine „langsame Evakuierung“ der Inseln an. Schon heute lebt ein Teil der Bevölkerung in Neuseeland und in anderen Ländern und schickt Geld nach Kiribati. Wann, wie und wo diese Evakuierung in Zukunft stattfindet, sei dabei eine Frage der „Klimagerechtigkeit“ (BBC 2009).

Internationale Migration und auf langfristige Sicht die Aufgabe der Inseln spielen in den Überlegungen der kiribatischen Regierung eine wichtige Rolle (Kempf 2009: 191; Bedford/Bedford 2010). Migration wird in diesem Zusammenhang von Seiten der Regierung als Anpassungsstrategie propagiert. Bei der Migration Kiribatis setzt Präsident Tong auf langfristige Planungen, „so that when people migrate, they will migrate on merit and with dignity“ (Risse 2009: 281). Neben der Unterstützung individueller Migrationsprojekte richtet die Regierung auch direkte Appelle an Anrainerländer des Pazifiks wie Australien und Neuseeland, um Umsiedlungsprojekte in die Wege zu leiten. Keines dieser Länder hat bisher jedoch formelle Zugeständnisse an Kiribati gemacht. Neuseeland hat mit der Pacific Access Category eine jährliche Quote zur Arbeitsmigration geschaffen, die für die Pazifikinseln Kiribati, Tuvalu und Tonga gilt. Jährlich können aufgrund dieser Quote 75 Migranten aus Kiribati nach Neuseeland übersiedeln

(Immigration New Zealand 2005). Des Weiteren wurde für die Erntearbeit ein Migrationsprogramm nach Neuseeland (Recognised Seasonal Employment, RSE) und zur Ausbildung und Arbeit von Krankenschwestern ein Migrationsprogramm nach Australien (Kiribati Australia Nursing Initiative, KINA) aufgelegt. Beide Projekte erkennen jedoch ausdrücklich keine Zusammenhänge von Klimawandel, Umweltveränderungen, Migration und möglicher Aufnahmeverantwortung der Industrieländer an (McNamara/ Gibson 2009: 482).

Schon seit längerem gibt es zudem Verhandlungen mit Fidschi, die auf die Umsiedlung ganzer Dorfgemeinschaften abzielen. Am Rande der UNFCCC-Konferenz in Kopenhagen 2009 äußerte sich der Präsident Fidschis positiv bezüglich dieser Option (Bedford/Bedford 2010: 90). Im Jahr 2012 kam es dann zu konkreten Verhandlungen über den Zukauf von 2 000 Hektar Land auf Vanua Levu, der zweitgrößten Insel Fidschis. Fidschi ist als Inselgruppe, die vor allem aus höher gelegenen Vulkaninseln besteht, in geringerem Ausmaß als Kiribati von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen. Laut Medienberichten sollen ca. 500 Bewohner von Kiribati nach Vanua Levu umgesiedelt werden, um dort Gemüse und Obst anzubauen und Tiere zu züchten, die dann wiederum nach Kiribati exportiert werden sollen (BBC 2012). Ob und wie diese Pläne konkret umgesetzt werden, wird die Zukunft zeigen.

Die Verhandlungen, die Kiribati aufgenommen hat, werden von den übrigen pazifischen Ländern unterschiedlich bewertet: Einige Regierungen der Pazifikinseln lehnen es ausdrücklich ab, Migration als Anpassungsmaßnahme zu bezeichnen (McNamara 2009: 482). Es handele sich vielmehr um eine misslungene Form der Anpassung (failed adaptation) (Campbell 2010). Im akademischen Diskurs gilt die Verknüpfung von Migration und klimatischen Veränderungen als umstritten und gleichzeitig als eine der größten politischen Herausforderungen (siehe Black 2001; Jónsson 2010; Nicholson 2011).

Historisch gesehen sind diese Zusammenhänge unzweifelhaft gegeben. Im heutigen nationalstaatlichen System gestalten sich Wanderungen über Grenzen hinweg jedoch ungleich schwieriger als in früheren Zeiten. Neben den Debatten um die Anerkennung von Klimamigranten ist die Regierung von Kiribati an einer Vielzahl weiterer Allianzen und Foren zum Thema Klimawandel beteiligt, die nun beschrieben werden. Kleine Inselstaaten und die Klimabewegung: Der Fall Kiribati

3.2 Kiribatis Kampf für Klimagerechtigkeit – eine Vielfalt der Strategien und Bündnisse

Kiribati ist Mitglied in verschiedenen zwischenstaatlichen Organisationen, die regional und international auf Klimagerechtigkeit drängen und auch in den UNFCCC-Verhandlungen aktiv sind. Dies ist vor allem die Alliance of Small Island States, die 1990 aus der Organisation Small Island Developing States (SIDS) hervorging. AOSIS ist ein Bündnis von Insel- und Küstenstaaten, die nahezu alle besonders vulnerabel gegenüber dem Klimawandel sind. AOSIS tritt

bei den Verhandlungen der Vereinten Nationen als Stimme der Small Island Developing States auf. Die Gruppe hat zurzeit 42 Mitglieder aus dem Pazifischen Ozean, Afrika, der Karibik, dem Indischen Ozean und der Südchinesischen See. Bei den UNFCCC-Verhandlungen fordern die AOSIS-Vertreter unermüdlich eine wirksame Klimaschutzpolitik ein.

Eine wegweisende Verlautbarung der SIDS ist die „Malé Declaration on Global Warming and Sea Level Rise“, die schon 1989 entstand und 2007 als „Malé Declaration on the Human Dimension of Global Climate Change“ neu aufgelegt wurde. Die Erklärungen der SIDS und der AOSIS betonen, dass ihre Mitgliedsländer verhältnismäßig wenig zum Klimawandel beigetragen hätten, nun aber stark von dessen Konsequenzen betroffen seien. Sie fordern entsprechende Mittel ein, um die Folgen des Klimawandels selbstbestimmt bewältigen und ihre eigenen Entscheidungen treffen zu können. Auch innerhalb von regionalen Bündnissen wie dem Pacific Island Forum (PIF), wird die Frage der Klimagerechtigkeit immer wieder aufgegriffen und zum Beispiel in der „Niue-Declaration on climate change“, die im Rahmen des 39. PIF-Treffens von 2008 entstand, thematisiert.

Auch viele kirchliche Institutionen und Akteure sind in den Debatten um Klimagerechtigkeit im Pazifikraum aktiv. So haben zum Beispiel die Vertreter christlicher Kirchen, die in der Pacific Conference of Churches (PCC) organisiert sind und ihren Hauptsitz in Suva auf Fidschi haben, im Jahr 2009 die „Moana-Declaration“ veröffentlicht. Darin rufen sie zu Klimagerechtigkeit, der Schaffung einer Konvention für Umweltmigranten sowie zu Lösungen für deren Umsiedlung auf. Der Appell wandte sich auch explizit an die Länder des Pacific Islands Forum, zu deren Mitgliedern Australien und Neuseeland zählen. Hier zeigt sich, dass in den Debatten um Klimawandel- und Klimagerechtigkeit soft-law-Instrumente zunehmend eine wichtige Rolle spielen. Diese werden von Francis Snyder definiert als „those rules of conduct which, in principle, have no legally binding force but which nevertheless may have practical effect“ (Snyder zit. n. Zerilli 2010: 7).

Eine Vielzahl von Kampagnen für Klimagerechtigkeit, an denen auch Kiribati beteiligt ist, werden von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) getragen. Diese Kampagnen haben zweifellos die Debatten um Klimagerechtigkeit und die Vulnerabilität der pazifischen Inselstaaten befördert. Es wird jedoch kritisiert, dass gerade NGOs die Tendenz hätten, die Insulaner als passive Opfer des Klimawandels zu beschreiben (McNamara 2009: 479).

Als Beispiel sei hier eine Kampagne von Friends of the Earth Australia genannt, die in einem ihrer Berichte schreiben: „the future of the Pacific Island states seems bleak“ (zit. n. McNamara 2009: 479). Dieses Bild der Inselstaaten, die oftmals dargestellt werden, als seien sie ohne Überlebenschance, könnte politischen Schaden verursachen. So könnten etwa die Investitionen in die Pazifikstaaten zurückgehen. Außerdem merken beispielsweise Barnett und Adger an, dass eine zu einseitige Ausrichtung der Diskurse auf Untergangsszenarien

mögliche Formen der Anpassung untergraben könnte (Barnett/Adger 2003: 330). Diese „Opfer“-Diskurse können somit eine Vielzahl von ungewollten oder nachteilhaften Folgen erzeugen.

Eine ganz andere Rolle spielen hingegen NGOs wie Many Strong Voices (MSV). Dieser Zusammenschluss der Small Island Developing States und der Küsteneinwohner der Arktis hat sich mit dem Ziel gegründet, den Klimawandel und dessen Folgen zu bekämpfen und setzt eher auf der Ebene des Empowerment an. Es werden verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft und der Regierungen vernetzt sowie Erfahrungen zur Anpassung an den Klimawandel und den politischen Kämpfen um Klimagerechtigkeit ausgetauscht. In Kiribati selbst finden Debatten um Klimawandel und Klimagerechtigkeit vor allem in kirchlichen Gruppen unterschiedlicher Konfessionen statt. Dies beruht darauf, dass die Bevölkerung der Inseln sehr religiös ist und es außerhalb der kirchlichen Gruppen – so die Beobachtung während des Forschungsaufenthalts der Autorin – wenig zivilgesellschaftliches Engagement gibt.

Vertreten ist die Regierung Kiribatis auch in der internationalen Bewegung für Klimagerechtigkeit, die sich Anfang der 2000er-Jahre formiert hat auf Menschenrechte, kulturelle Rechte und Umweltrechte indigener Völker sowie ethnischer Minderheiten fokussiert ist (Tokar 2010: 8). Die Klimagerechtigkeitsbewegung organisiert beispielsweise am Rande der offiziellen UNFCCC-Klimaverhandlungen alternative Veranstaltungen, um auf die eingeschränkte Partizipations- und Einflussmöglichkeiten kleinerer Länder und indigener Völker aufmerksam zu machen (Baer/Reuter 2011: 3; siehe Beitrag von Tokar in diesem Band). Die Aktivitäten dieser Bewegung werden oftmals von NGOs initiiert. So wurde das Netzwerk Climate Justice Now ! am Rande der UNFCCC-Verhandlungen 2007 in Bali von mehr als 30 NGOs und Graswurzelbewegungen gegründet.

Ähnliche Klimagruppen schlossen sich in Kopenhagen 2009 zum People's Summit Klimaforum09 zusammen. Im Falle der People's Conference on Climate Change and the Rights of Mother Earth im April 2010 in Bolivien war es hingegen die bolivianische Regierung, welchen die alternative Konferenz für die Klimagerechtigkeitsbewegung ausrichtete (siehe Beitrag von Kruse in diesem Band). In Cochabamba wurde, wie auch bei den vorgenannten Organisationen und Foren, ein Gegendiskurs zu den UNFCCC-Verhandlungen aufzubauen versucht. Dieser zielt nicht auf eine moderate Eindämmung der CO₂-Emissionen und Lösungen des Klimawandels im Bereich der green economy ab, sondern fordert einen radikalen Systemwechsel: The People's Agreement, das von den Teilnehmern der Cochabamba-Konferenz beschlossen wurde, fordert weitreichende Selbstbestimmungsrechte in Bereichen wie Wasserzugang, Landrechten und Nahrungsmittelproduktion „through forms of production that are in harmony with Mother Earth and appropriate to local cultural contexts“.

Im Kontext der Debatten um Klimagerechtigkeit mehren sich im Pazifikraum die Stimmen, die transnationale Solidarität und Einheit fordern, um die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Eine hieraus resultierende Aktionsform ist das Pacific Voyaging. Hier wird an die traditionsreiche, grenzüberschreitende Seefahrt im Pazifikraum angeknüpft und durch die Formierung großer Segler-Gruppen, die verschiedene Länder im Pazifik anlaufen, auf die Folgen nicht nachhaltigen Wirtschaftens, des Klimawandels und andere Umweltprobleme aufmerksam gemacht (Farbotko 2012).

Eine Forderung, die an postkoloniale Argumentationslinien anknüpft, weist den ehemaligen Kolonialländern hier eine doppelte Verantwortung zu: Da diese sowohl den anthropogenen Klimawandel verschuldet hätten wie auch Ungleichheit und Unrecht, das durch die Zeit des Kolonialismus entstanden sei, hätten sie die Verpflichtung, die Bewohner der bedrohten Pazifikinseln aufzunehmen (vgl. Campbell 2010: 25). Hier werden Argumente angeführt, die sich auf die Kolonialzeit beziehen, an globale Diskurse anschließen und mit denen auch rechtliche Forderungen einhergehen.

Auf die pazifische Region bezogen, unterstreicht der deutsche Sozialanthropologe Wolfgang Kempf im Anschluss an Lazrus (2009) zudem die Notwendigkeit, die speziellen Fähigkeiten, Erfahrungen und Netzwerke der Menschen in Ozeanien im Kampf für Klimagerechtigkeit und die Anpassung an den Klimawandel anzuerkennen und zu nutzen (Kempf 2009: 195). Viel zu häufig würden inzwischen top-down-Ansätze in den zahlreichen Anpassungsprojekten im Pazifikraum verwendet. Diese ließen kulturelle und regionale Aspekte außer Acht und würden die Situation vor Ort dadurch sogar oftmals verschlechtern.

Mit dem Anspruch der „Klimagerechtigkeit“ werden auch im Bereich des Transfers von Ausgleichszahlungen zunehmend Ressourcen für besonders vom Klimawandel betroffene Ländern bereitgestellt (Tanner/Allouche 2011: 4). In diesem Bereich haben die internationalen Verhandlungen in den letzten Jahrzehnten im Vergleich zu den festgefahrenen rechtlichen Debatten eher Fortschritte gemacht. In Kiribati wird seit 2003 das Kiribati Adaptation Programm (KAP) durch die Global Environment Facility (GEF) und andere internationale Organisationen und Geber finanziert. Das Programm führt in großem Stil Infrastruktur- und Sensibilisierungsprogramme zur Anpassung an den Klimawandel durch. Neben dem National Adaptation Program of Action (NAPA) ist es der Eckpfeiler der kiribatischen Anpassungspolitik auf der nationalen Ebene. Trotz des gemeindebasierten Ansatzes werden jedoch auch diese Programme kritisiert. Sie seien für die betroffenen Gemeinden und Bewohner kaum von Nutzen (Storey/Hunter 2010: 176).

Vor dem Hintergrund des Klimawandels werden heute Möglichkeiten einer immer fragmentierteren rechtlichen und politischen Landschaft genutzt. Sachs (2009) betont dabei, wie wichtig es sei, den Klimawandel als dezidiert rechtliche Frage zu verhandeln. So seien auch Probleme, die naturwissenschaftliches Expertenwissen zu erfordern scheinen, oftmals mit Fragen der Menschenrechte

verknüpft. Auch sei es von Bedeutung, die Interessen welcher Länder in die Überlegungen der Experten einbezogen würden. Die zentralen Akteure, vor allem die Regierung Kiribatis, aber auch Berater sowie transnationale Netzwerke und NGOs, die als knowledge broker (Merry 2006: 40) und Interessenvertreter auftreten, beziehen sich in Folge dessen zunehmend auf Ordnungskonzepte wie die Menschenrechte, die globale Reichweite haben und moralisch und rechtlich argumentieren. Solche knowledge broker (Merry 2006: 40), die den Klimawandel und dessen Folgen vor Ort erklären und zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der Projektarbeit vermitteln sollen, haben in Kiribati an Bedeutung gewonnen.

Nahezu jedes Projekt und auch die Regierung Kiribatis beschäftigt Consultants. Oftmals tragen diese Akteure sogenannte „Universalien“, die den Kern zeitgenössischer humanistischer Projekte bilden (Tsing 2005: 7), in die örtlichen Debatten. Diese Universalien werden im Kontext der Klimawandeldebatten und Forderungen nach Klimagerechtigkeit immer entscheidender. Interviews auf Kiribati während des Forschungsaufenthalts der Autorin im April 2011 zeigten, wie präsent der Diskurs um „Klimagerechtigkeit“ auf der Insel ist: Kaia Miller, Mitarbeiterin des Umweltministeriums, äußerte beispielsweise: „The head of the unit, the minister actually said that [...] ‚Australia should buy us this and that, because climate change is all their fault‘“. Hier werden Verantwortungszuschreibungen für den Klimawandel und dessen Auswirkungen deutlich, mit denen finanzielle und rechtliche Forderungen verbunden sind.

3.3 Klimagerechtigkeit vor Ort

Auch auf der lokalen Ebene sind die Interpretationen und Wahrnehmungen der Klimawandeldebatten von Diskussionen um Klimagerechtigkeit geprägt, wobei sich im kleinen Inselstaat Kiribati die öffentliche und private Akteursebene oftmals überschneiden. Die Einwohner von Kiribati, die I-Kiribati, sind seit Besiedelung der Inselgruppe mit einer äußerst dynamischen Umwelt konfrontiert. Umweltveränderungen und klimatische Variabilität sind eng mit spirituellen Vorstellungen verknüpft (Di Piazza 2001: 35).

In Kiribati gibt es eine lebendige Mythologie, welche Flora und Fauna und die Phänomene des Wetters und der Umwelt allgemein einschließt. Lokale Deutungsmuster basieren auf kulturellen Symbolen und Kategorien, die es Menschen ermöglichen, Veränderungen ihrer Umwelt wahrzunehmen, zu bewerten und zu beeinflussen. Gerade in Bezug auf Extremsituationen und den Klimawandel wird häufig die Bedeutung von traditional ecological knowledge (TEK) hervorgehoben (Lazrus 2009). Berkes beschreibt TEK als über Generationen weitergegebenes Glaubens- und Handlungswissen, das sich auf den Umgang von Individuen mit ihrer gegenständlichen und lebenden Umwelt bezieht (Berkes 1993: 3).

Deutungssysteme wie TEK und deren inhärente Werte und Normen beeinflussen nicht nur die Wahrnehmung und Verarbeitung der Umwelteindrücke, sondern auch die agency der Betroffenen im Kontext von Extremsituationen (Kuruppu 2009: 805). Sie unterliegen fortlaufenden Veränderungsprozessen und spiegeln sich verändernde Machtkonstellationen wider (Lazrus 2009). In Kiribati wurden in vorkolonialer Zeit wichtige weltliche und spirituelle Entscheidungen in Dorfversammlungen (Maneabas) getroffen, die nach Altersklassen strukturiert waren (Di Piazza 2001). Heute hingegen obliegen viele Entscheidungen den demokratisch gewählten sowie den kirchlichen Eliten (Kuruppu/Liverman 2011). Während die katholische Kirche den Klimawandel als anthropogen verursacht konzeptualisiert und aktive Anpassungsleistungen befürwortet, gehen etwa die Siebenten-Tags-Adventisten davon aus, dass der Klimawandel den vorbestimmten Weltuntergang aufgrund von Verfehlungen der Menschheit einläutet und deswegen hinzunehmen sei.

Neben den christlichen Konfessionen wird der Klimawandeldiskurs auf der lokalen Ebene insbesondere von der kiribatischen Regierung, den lokalen und regionalen Medien sowie von NGOs beeinflusst. Medien und NGOs konstruieren zum Teil ähnlich den Siebenten-Tags-Adventisten Untergangsszenarien. Sie begründen diese jedoch naturwissenschaftlich. Aspekte der Klimagerechtigkeit und die „Schuld“ der Verursacherländer spielen in den diversen Anpassungs-Workshops, die von den Kirchen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit sowie anderen NGOs angeboten werden, eine große Rolle. Oft bleiben in diesen Workshops Schuldzuschreibungen jedoch recht diffus und eine auf konkreten Rechten basierende Argumentation fehlt.

Des Weiteren bestehe in Kiribati die Gefahr, so Connel, dass die kiribatische Regierung den Klimawandel als eine Art garbage can nutze, um von fehlgeschlagenen Politiken abzulenken (vgl. Connel 2003: 103). Umweltgefahren würden verstärkt als exogene Faktoren thematisiert, die außerhalb des politischen Einflusses der Regierungen der pazifischen Inselstaaten lägen (Storey/Hunter 2010: 172). Der Klimawandel wird als Ursache für verschiedene lokale – tatsächlich häufig aufgrund mangelnden Ressourcenmanagements auftretender – Umweltveränderungen verantwortlich gemacht. Ökologische Degenerierung werde nicht mehr als Folge inadäquaten Ressourcenmanagements, sondern als von außen durch den Klimawandel herbeigeführt angesehen (Connel 2003: 103). Storey und Hunter (2010) sowie Connel (2003) gehen davon aus, dass die Folgen der nicht nachhaltigen Entwicklung durch die drastischen Klimaprognosen medial und politisch in den Hintergrund gedrängt würden. Darüber hinaus werfen Kuruppu und Liverman (2011) der kiribatischen Regierung vor, den Anpassungsdiskurs zur Reproduktion ihres Machtanspruchs gegenüber lokalen Akteuren zu missbrauchen.

Erste Studien deuten an, dass viele Akteure im Pazifikraum sich zunehmend hilflos gegenüber den prognostizierten Klimaveränderungen fühlen. Zur Migration sind dennoch bislang nur wenige I-Kiribati bereit (Kuruppu/Livermann 2011: 665 – 667). Auffällig ist dabei, dass die Verhandlungen um Klimamigration vor

allem von der Regierung Kiribatis vorangetrieben werden. Der in unterschiedlichen Foren stattfindende Kampf für Klimagerechtigkeit wird hingegen von einem großen Teil der Bevölkerung mitgetragen, wie mehrere Interviewpartner in Kiribati betonten.

4. Ausblick

Die Regierung Kiribatis hat sich entschlossen, die sozialen Folgen des Klimawandels, die für den Inselstaat als verheerend beschrieben werden, frühzeitig anzugehen und eine Zukunft seiner Bürger außerhalb Kiribatis zu planen. Dabei ist es entscheidend, dass Inseln wie Kiribati, die hohe Investitionen in Anpassungsleistungen tätigen müssen, verschiedene Strategien zur Anpassung an den Klimawandel verfolgen. Dies bedeutet, dass eine Kombination unterschiedlicher Vorgehensweisen sowie eine große Bandbreite von Anpassungsleistungen im landwirtschaftlichen Bereich, im Wassermanagement und im Küstenschutz notwendig ist.

Zudem ist die Unterstützung freiwilliger, individueller Migrationsprojekte von Bürgern ebenso von Bedeutung wie staatlich geplante, längerfristige Umsiedlungen von Dorfgemeinschaften (Bedford/Bedford 2010: 93). Alle diese Maßnahmen sollten von Kiribati jedoch nicht alleine umgesetzt werden, sondern erfordern bei Berücksichtigung des Konzepts der Klimagerechtigkeit die Unterstützung unterschiedlicher regionaler und globaler Akteure.

Insgesamt zeigt sich, dass aufgrund des Klimawandeldiskurses zum einen in der Internationalen Zusammenarbeit mehr Ressourcen für die Entwicklung Kiribatis und dessen Anpassung an den Klimawandel bereit gestellt werden. Zum anderen gibt es aber auch Tendenzen, die auf eine Veränderung von Normen und Wahrnehmungen der Regierung und der Bewohner Kiribatis hindeuten. Diese Veränderungen können, wie das „garbage-can“-Phänomen zeigt, ungünstige Folgen für die Entwicklung Kiribatis haben. Der Wandel von Wissen, Werten und Normen, der mit dem Klimawandeldiskurs einherzugehen scheint, beeinflusst Abläufe und Praktiken innerhalb des Inselstaates. Er wird jedoch auch im transnationalen Aushandlungsprozess um Ressourcen und Rechte eine wichtige Rolle spielen, da er etwa neue Erwartungen erzeugt.

Die Aushandlungsprozesse haben dabei vielschichtige Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung Kiribatis. Die Verhandlungen über Migrationsprogramme wie auch die „Opfer“-Debatten könnten Nebeneffekte produzieren, die nur schwer zu kontrollieren sind. Die Herausforderung besteht dabei für die Politik darin, möglichst positive Bedingungen für die großen Veränderungen in der Zukunft Kiribatis zu schaffen, die sich gleichzeitig nicht negativ auf die heutige Entwicklung Kiribatis auswirken.

Die verschiedenen Foren und Strategien, die Kiribati im Rahmen des Klimawandels nutzt, zeigen, dass die Regierung, Eliten wie Kirchenführer und die Zivilgesellschaft Kiribatis nicht nur an die offiziellen Klimaverhandlungen, sondern auch an die gesamte Vielfalt der internationalen Klimabewegung anschließen. Ein selektiver Fokus des Engagements Kiribatis in Folge der Zweiteilung der Klimabewegung, die in einigen Analysen festgestellt wird (vgl. z. B. Baer/Reuter 2011: 255), kann nicht beobachtet werden. Kiribati scheint sowohl von eher westlich geprägten Gruppen, die den Klimawandel vor allem durch eine Modernisierung der Wirtschaft abmildern wollen, als auch von Seiten verschiedener NGOs und Graswurzelgruppen, die einen weitergehenden Systemwandel anstreben, unterstützt zu werden und mit diesen zu kooperieren. Zudem ist der Inselstaat in zwischenstaatlichen Organisationen vertreten und nimmt an den offiziellen UNFCCC-Verhandlungen teil.

Die Verhandlungen und Bemühungen, die auf ein Leben der heutigen und zukünftigen Generationen von I-Kiribati ohne Fremdbestimmung, auf eine Reduktion der Emissionen und auf eine gerechte Verteilung der Anpassungsleistungen abzielen, stehen insgesamt noch am Anfang. Oftmals werden sie von der ablehnenden Haltung potenzieller Geber- und Aufnahmeländer, vor allem der reichen OECD-Länder Australien und Neuseeland, geprägt. Dennoch sind auch Erfolge Kiribatis zu verzeichnen. Statt sich ausschließlich in eine Rolle als Opfer des Klimawandels zu fügen, gelingt es der Regierung durch die unterschiedlichen Verhandlungen, positive Effekte für die Situation der I-Kiribati zu erzielen. Hierzu zählen etwa Rücküberweisungen aus den Migrationsprogrammen und vermehrte finanzielle Unterstützung für Anpassungsprojekte.

Bei der Frage nach der Bedeutung Kiribatis für die internationale Klimabewegung wird mit Blick auf die beschriebenen Bilder und Diskurse die Rolle des Inselstaats deutlich: Mit Geschichten von untergehenden Inseln und in Teilen überzogenen Schreckensszenarien soll ein Umdenken in Politik und Gesellschaft erreicht werden. Damit werden Kiribati und andere Atoll-Inseln zu argumentativen Ressourcen, die wie geschaffen sind für die globalisierte Medienwelt. Allerdings geht eine solche diskursive Nutzung der Pazifikinseln mit einer gewissen Abstumpfung der Öffentlichkeit sowie einer Abnutzung des Symbols der „sinkenden Inselstaaten“ einher. Die Folgen dieser Diskurse für Kiribati sind weitreichend und lassen sich kaum überblicken.

Literatur

Baer, Hans; Reuter, Thomas (2011): **The global movement for a safe climate and environmental sustainability.** In: The Australian Journal of Anthropology, 22, 2, S. 255 – 277.

Barnett, Jon; Adger, Neil (2003): **Climate dangers and atoll countries.** In: Climatic Change, 61, 3, S. 321 – 337.

Barnett, Jon; Campbell, John (2010): **Climate change and Small Island States: power, knowledge and the South Pacific.** London: Earthscan. BBC (2009): The President's Dilemma: Should Kiribati's President Anote give in to climate change ? Film produziert von International Fund for Agricultural Development (IFAD), zuerst gezeigt im Programm „Life on The Edge“, 2. September 2009.

BBC (2012): **Kiribati mulls Fiji land purchase in battle against sea.** Abrufbar unter: <http://www.bbc.co.uk/news/world-asia-17295862> (Zugriff am 19. November 2012).

Berkes, Fikret (1993): **Traditional Ecological Knowledge in Perspective.** In: Inglis, Julian (Hg.): Traditional Ecological Knowledge. Concepts and Cases. Ottawa: International Development Research Center, S. 1 – 11.

Bedford, Richard; Bedford, Charlotte (2010): **International Migration and Climate Change: A post-Copenhagen perspective on options for Kiribati and Tuvalu.** In: Burson, Bruce (Hg.): Climate Change and Migration – South Pacific Perspectives. Wellington: Institute of Policy Studies, S. 89 – 134.

Black, Richard (2001): **Environmental refugees – myth or reality?** New Issues in Refugee Research: Working Paper 34. Geneva: United Nation High Commissioner on Refugees.

Campbell, John (2010): **Climate Change and Population Movement in Pacific Island Countries.** In: Burson, Bruce (Hg.): Climate Change and Migration – South Pacific Perspectives. Wellington: Institute of Policy Studies, S. 29 – 51.

Connell, John (2003): **Losing ground?** Tuvalu, the greenhouse effect and the garbage can. In: Asia Pacific Viewpoint, 44, 2, S. 89 – 107.

Dietz, Kristina (2009): **Prima Klima in den Nord-Süd-Beziehungen?** Die Antinomien globaler Klimapolitik: Diskurse, Politiken und Prozesse. In: Burchardt, Hans-Jürgen (Hg.): NordSüd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektiven auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik. Frankfurt a. M.: Campus, S. 183 – 218.

Di Piazza, Anne (2001): **Terre d'abondance ou terre de misère.** Représentation de la sécheresse à Nikunau (République de Kiribati, Pacifique central). In: L'Homme, 157, S. 35 – 57.

Esteban, Miguel; Yamamoto, Lilian (2010): **Vanishing Island States and sovereignty.** In: Ocean and Coastal Management, 53, S. 1 – 9.

Farbotko, Carol (2010): **Wishful sinking**: disappearing islands, climate refugees and cosmopolitan experimentation. In: *Asia Pacific Viewpoint*, 51, 1, S. 47 – 60.

Farbotko, Carol (2012): **Skilful Seafarers, Oceanic Drifters or Climate Refugees?** Pacific People, News Value and the Climate Refugee Crisis. In: Moore, Kerry; Gros, Bernhard; Threatgold, Terry (Hg.): *Migrations and the Media*. New York: Peter Lang Publishing, S. 119 – 142.

Grinsted, Aslak; Moore, John; Jevrejeva Svetlana (2010): **Reconstructing sea level from paleo and projected temperatures 200 to 2100 AD**. In: *Climate Dynamics*, 34, 4, S. 461 – 472.

Immigration New Zealand (2005): **Pacific Access Category**. Abrufbar unter: <http://www.immigration.govt.nz/migrant/stream/live/pacificaccess> (Zugriff am 20. Februar 2012).

Jónsson, Gunvor (2010): **The environmental factor in migration dynamics** – a review of African case studies. Working Paper 21. Oxford: International Migration Institute, University of Oxford.

Kempf, Wolfgang (2009): **A Sea of Environmental Refugees?** Oceania in an Age of Climate Change. In: Hermann, Elfriede; Klenke, Karin; Dickhardt, Michael (Hg.): *Form, Macht, Differenz: Motive und Felder ethnologischen Forschens*. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen, S. 191 – 205.

Klepp, Silja (2012): **Klimawandel und Mobilität**. Rechtliche Diskurse und Lösungsansätze für Umweltmigranten im Pazifikraum. artec, Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen, artec-Paper Nr. 180, Juli 2012.

Kuruppu, Natasha; Liverman, Diana (2011): **Mental preparation for climate adaptation**: The role of cognition and culture in enhancing adaptive capacity of water management in Kiribati. In: *Global Environmental Change*, 21, 2, S. 657 – 669.

Kuruppu, Natasha (2009): **Adapting water resources to climate change in Kiribati**: the importance of cultural values and meanings. In: *Environmental Science and Policy*, 12, 7, S. 799 – 809.

Lazrus, Heather (2009): **The governance of vulnerability**: climate change and agency in Tuvalu, South Pacific. In: Crate, Susan; Nuttal, Mike (Hg.): *Anthropology and Climate Change: From Encounters to Actions*. Walnut Creek, US: Left Coast Press, S. 240 – 249.

Marsters, Evelyn; Lewis, Nick; Friesen, Wardlow (2006): **Pacific flows**: The fluidity of remittances in the Cook Islands. In: *Asia Pacific Viewpoint*, 47, 1, S. 31 – 44.

McNamara, Karen (2007): **Conceptualizing discourses on environmental refugees at the United Nations**. In: *Population & Environment*, 29, 1, S. 12 – 24.

McNamara, Karen; Gibson, Chris (2009): **'We do not want to leave our land'**: Pacific ambassadors at the United Nations resist the category of 'climate refugees'. In: *Geoforum*, 40, 3, S. 475 – 483.

Merry, Sally (2006). **Transnational Human Rights and Local Activism: Mapping the Middle.** In: *American Anthropologist*, 108, S. 38 – 51.

Mimura, Nobuo; Nurse, Leonard; McLean, Roger; Agard, John; Briguglio, Lino; Lefale, Penehuro; Payet, Rolph; Sem, Graham (2007): Chapter 16: **Small Islands.** In: Parry, Martin; Canziani Osvaldo; Palutikof, Jean; van der Linden, Paul; Hanson, Clair (Hg.): *Climate Change 2007: Working Group II: Impacts, Adaptation and Vulnerability.* Cambridge, UK: Cambridge University Press.

Nicholson, Calum (2011): **Is the „Environmental Migration“ Nexus an Analytically Meaningful Subject for Research?** COMCAD Working Paper. COMCAD – Center on Migration, Citizenship and Development, Bielefeld.

Parks, Bradley; Roberts, Timmons (2010): **Climate Change, Social Theory and Justice.** In: *Theory, Culture & Society*, 27, 2-3, S. 134 – 166.

Rahmstorf, Stefan (2010): **New View on Sea Level Rise.** In: *Nature Reports Climate Change*, 4, April 2010. Abrufbar unter: <http://www.nature.com/climate/2010/1004/full/climate.2010.29.html> (Zugriff am 7. Januar 2013).

Risse, Matthias (2009): **The right to relocation: disappearing island nations and common ownership of the earth.** In: *Ethics & International Affairs*, 23, 3, S. 281 – 299.

Sachs, Wolfgang (2009): **Climate change and human rights.** In: Brand, Ulrich; Lander, Ed gardo; Bullard, Nicola; Müller, Tadzio (Hg.): *Contours of climate justice. Ideas for shaping new climate and energy politics.* Critical currents no.6, Occasional Papers Series. Uppsala: Dag Hammerskjöld Foundation, S. 86 – 92.

Storey, Donovan; Hunter, Shawn (2010): **Kiribati: an environmental „perfect storm“.** In: *Australian Geographer*, 41, 2, S. 167 – 181.

Tanner, Thomas; Allouche, Jeremy (2011): **Towards a New Political Economy of Climate Change and Development.** In: *IDS Bulletin*, 42, 3, S. 1 – 14.

Times of India (2008): **Tiny atoll in Pacific cries out for help.** Abrufbar unter: http://timesofindia.indiatimes.com/World/USA/Tiny_atoll_in_Pacific_cries_out_-for_-help/articleshow/3104328.cms (Zugriff am 3. September 2010).

Tsing, Anna Lowenhaupt (2005): **Friction: An ethnography of global connection.** Princeton: Princeton University Press.

Tokar, Brian (2010): **Toward Climate Justice: Perspectives on the Climate Crisis and Social Change.** Porsgrunn, Norway: Communalism Press.

WBGU, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2006): **Die Zukunft der Meere – zu warm, zu hoch zu sauer.** Berlin.

Zerilli, Filippo (2010): **The rule of soft law: An introduction.** In: *Focaal*, 56, S. 3 – 18.